

Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen

Markus M. Grabka
mgrabka@diw.de

Joachim R. Frick
jfrick@diw.de

Die EU-Kommission hat 2010 zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung ausgerufen. Ein Ziel dieser Aktion ist es, das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung zu stärken und deren Ursachen und Auswirkungen besser zu verstehen. Neue Analysen zur Einkommensverteilung in Deutschland auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen für das Jahr 2008 eine deutlich höhere relative Einkommensarmut als noch vor zehn Jahren. Rund 11,5 Millionen Menschen lagen mit ihrem verfügbaren Einkommen unter der nach EU-Vorgaben definierten Armutsrisikoschwelle – dies entspricht rund 14 Prozent der Gesamtbevölkerung. Darunter finden sich vor allem Haushalte mit Kindern und jungen Erwachsenen. So unterliegen Alleinerziehende mit Kindern im Alter bis zu drei Jahren einem weit überdurchschnittlichen Armutsrisiko von mehr als 50 Prozent. Auch unter jungen Erwachsenen bis zu einem Alter von 25 Jahren lebt knapp ein Viertel mit einem Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgrenze.

Die Analysen zeigen auch, dass die Einführung von zielgruppenspezifischen öffentlichen Transfers in der Pflegeversicherung sowie beim Elterngeld zu einer Senkung des Armutsrisikos bei den von diesen Transfers begünstigten Gruppen beigetragen hat. Ähnliches gilt für den Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur, die vor allem Müttern die Erwerbsaufnahme erleichtert und damit das Armutsrisiko von Haushalten mit Kleinkindern reduziert hat.

Mit diesem Bericht werden bisherige Untersuchungen des DIW Berlin zur relativen Einkommensarmut und zur Einkommensungleichheit in Deutschland bis zum Jahr 2008 erweitert (Kasten 1).¹ Empirische Grundlage sind die vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP),² die aufgrund der jährlichen Wiederholungsmessung die Analyse konsistenter Zeitreihen zur Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in Deutschland ermöglichen.

Ein Standardmaß zur Messung von Einkommensungleichheit ist der Gini-Koeffizient.³ Bezogen auf das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen erreichte dieser Wert Anfang der 90er Jahre in Deutschland 0,26 und reduzierte sich bis zum Ende des Jahrzehnts nur leicht auf 0,25 (Abbildung 1).⁴ Nach der Jahrtausendwende kam es jedoch bis 2006 zu einer signifikanten Steigerung der Einkommenskonzentration (Kasten 2). Zwar führte die Reduktion der (Sockel-) Arbeitslosigkeit im letzten konjunkturellen Auf-

1 Entsprechend internationaler Standards wird das in diesem Bericht ausgewiesene, so genannte *relative Einkommensarmutsrisiko* gemessen an einer Armutsschwelle in Höhe von 60 Prozent des Median der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen. Menschen, die sogar weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung haben, werden nach diesem Konzept als *einkommensarm* bezeichnet; diese Gruppe wird aber hier nicht gesondert ausgewiesen. Vgl. Göbel, J., Frick, J. R., Grabka, M. M.: Preisunterschiede mildern Einkommensgefälle zwischen West und Ost. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 51–52/2009.

2 Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird; vgl. Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J.: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement. In: Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Studies, Vol. 127(1), 139–169.

3 Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je größer der Wert, desto stärker ausgeprägt ist die Ungleichheit.

4 Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichen zu können, werden im Folgenden so genannte Äquivalenzeinkommen – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – verwendet. Die Werte für die Jahre bis 2007 weichen leicht von früheren Veröffentlichungen ab, da die Datenbasis verbessert wurde.

Sieben Fragen an Joachim R. Frick

„Höhere Hartz-IV-Sätze lindern Symptome, ändern aber kaum die Armutsursachen“



Herr Dr. Frick, Sie haben das Armutsrisiko in Deutschland untersucht. Wer gilt in einem reichen Land wie Deutschland eigentlich als arm?

Nach einer Vorgabe der Europäischen Kommission gilt derjenige als arm, der weniger als 60 Prozent des sogenannten Medianeinkommens in dem jeweiligen Land zur Verfügung hat. Nach den aktuellsten Daten aus dem Einkommensjahr 2008 gelten etwa 14 Prozent der Bevölkerung als arm. Das entspricht etwa 11,5 Millionen Menschen.

Hat die Zahl der armen Menschen in Deutschland zu- oder abgenommen?

In den letzten zehn Jahren sehen wir einen signifikanten Anstieg des Einkommensarmutsrisikos von etwa zehn auf rund 14 Prozent. Es gab leichte Schwankungen, aber der Trend ist eindeutig.

Wo liegen dafür die Gründe?

Der Hauptgrund ist sicherlich die Arbeitslosigkeit. Gleichwohl sehen wir in den letzten Jahren auch für Personen mit Erwerbstätigkeit ein zunehmendes Armutsrisiko. Das hat wohl auch mit der Ausbildung des Niedriglohnsektors und der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu tun.

Welche Gruppen sind besonders gefährdet, die Armutsgrenze zu unterschreiten?

Gefährdet sind junge Erwachsene, vor allem wenn sie alleine leben, sowie Haushalte mit Kindern, insbesondere wenn es drei und mehr Kinder sind. Auch Alleinerziehende sind stark vom Armutsrisiko betroffen. Bei Rentnern ist Armut aktuell kein großes Problem. Unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse wird jedoch Altersarmut in Zukunft vor allem in Ostdeutschland wieder eine größere Rolle spielen.

Welche Unterschiede bestehen zwischen West- und Ostdeutschland?

In Ostdeutschland ist das Einkommensarmutsrisiko nach wie vor deutlich stärker ausgeprägt

als im Westen. Im Osten sind es circa 19 Prozent, im Westen circa 13 Prozent der Bevölkerung, die unter der Armutsschwelle liegen. Die Gründe hierfür sind hauptsächlich im Arbeitsmarkt zu sehen. Die höheren Arbeitsmarktrisiken in Ostdeutschland sind markant: Die Chancen alternative Einkommensquellen zur Deckung des Lebensbedarfs heranzuziehen sind im Osten viel geringer.

Leidtragende in armen Familien sind insbesondere Kinder. Jetzt sollen die Hartz-IV-Sätze angepasst werden. Wird das die Situation verbessern?

Wenn ich Personen in Einkommensarmut mehr Einkommen gebe, senkt das das Einkommensarmutsrisiko definitionsgemäß. Gleichwohl ist das nur eine Symptombekämpfung und keine echte Lösung. Wir denken, dass Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen und in die Verbesserung der Erwerbschancen für alleinerziehende Mütter, sicherlich mehr nutzen würden.

Bringt es überhaupt etwas, mehr Geld in die sozialen Sicherungssysteme zu pumpen?

Im Vergleich zum Gießkannenprinzip, nach dem man zum Beispiel jedem 20 Euro mehr Kindergeld gibt, haben wir in den letzten Jahrzehnten beobachtet, wie die Politik zielgruppenorientierter und damit wirkungsvoller vorgehen kann. Kurz nach der Einführung der Pflegeversicherung etwa ist das Armutsrisiko in Haushalten mit pflegebedürftigen Personen gesunken. Wir sahen kurz nach Einführung des Elterngeldes eine gewisse Entlastung von Eltern mit kleinen Kindern, und wir sahen auch einen deutlichen Rückgang des Einkommensarmutsrisikos von Personen, die von Kinderbetreuungseinrichtungen profitieren konnten. Insofern sind Transferleistungen wirkungsvoller, wenn sie zielgerichtet und nicht breit gestreut sind.

PD Dr. Joachim R. Frick,
stellvertretender
Leiter der Abteilung
Längsschnittstudie Sozio-
oekonomisches Panel
(SOEP)
am DIW Berlin

Transferleistungen
sind wirkungsvoller,
» wenn sie zielgerichtet «
und nicht breit
gestreut sind.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

Kasten 1

Definitionen, Methoden und Annahmen bei der Einkommensmessung**Armutsrisikoschwelle ausgewählter Haushaltstypen im Jahr 2008**

	Bedarfssatz nach neuer OECD-Skala	Armutschwelle: ¹ Nominal in Euro je Monat
1 Personen-Haushalt	1,0	925
Ehe-/Paar ohne Kinder	1,5	1 388
Ehe-/Paar mit 1 Kind	1,8	1 665
Ehe-/Paar mit 2 Kindern	2,1	1 943
Ehe-/Paar mit 3 Kindern	2,4	2 220
Alleinerziehende mit 1 Kind	1,3	1 203
Alleinerziehende mit 2 Kindern	1,6	1 480

¹ Der Median der nominalen bedarfsgewichteten Haushalts-Nettoeinkommen des Vorjahres betrug 18 500 Euro oder 1 542 Euro pro Monat.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2010

Die in diesem Bericht gewählte Vorgehensweise zur empirischen Erfassung von Einkommensungleichheit und Armut folgt den Empfehlungen der Europäischen Kommission sowie des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zur nationalen Berechnung der sogenannten Laeken-Indikatoren.¹ Dieses Indikatorentableau ist Teil der von der EU initiierten nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in Europa; die Messverfahren werden

¹ Die Laeken-Indikatoren werden jährlich für jedes EU-Mitgliedsland errechnet. Vgl. Atkinson, T., Cantillon, B., Marlier, E., Nolan, B.: Social Indicators. The EU and Social Inclusion. Oxford 2002.

im Wesentlichen auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung berücksichtigt.²

Wohlfahrtsökonomisch motivierte Analysen basieren im Allgemeinen auf den Einkommen, die den privaten Haushalten zur Verfügung stehen. Den vorliegenden Auswertungen auf Basis des SOEP liegen jahresbezogene Einkommen zugrunde. Dabei werden zum Befragungszeitpunkt im Jahr (t) jeweils für das zurückliegende Kalenderjahr ($t-1$) alle Einkommenskomponenten, die den Haushalt als Ganzen betreffen, sowie alle individuellen Bruttoeinkommen der aktuell im Haushalt befragten Personen summiert (Markteinkommen aus der Summe von Kapital- und Erwerbseinkommen einschließlich privater Transfers und privater Renten). Zusätzlich werden Einkommen aus gesetzlichen Renten und Pensionen sowie Sozialtransfers (Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld, Unterstützungen vom Arbeitsamt, Leistungen nach dem BAföG und anderen) berücksichtigt und schließlich mithilfe einer Simulation der Steuer- und Sozialabgaben Jahresnettoeinkommen errechnet – dabei werden auch einmalige Sonderzahlungen (13. und 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) berücksichtigt.

Die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung wird durch Umrechnung in sogenannte Äquivalenzeinkommen – das sind

² Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn 2008.

schwung zunächst zu einer Reduktion der Ungleichheit,⁵ im Jahr 2008 stieg diese aber wieder und der Gini-Koeffizient erreichte zuletzt den Wert 0,29.

Stark gestiegenes Risiko der Einkommensarmut

Die zunehmende Spreizung der bedarfsgewichteten Haushalts-Nettoeinkommen war Folge einer Polarisierung der Einkommensverteilung hin zu den Rändern und einer entsprechenden Schrumpfung der mittleren Einkommensklassen.⁶ Das Risiko relativer Einkommensarmut ist

⁵ Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M.: Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 38/2008.

⁶ Vgl. Grabka, M. M., Frick, J. R.: Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 10/2008.

in den vergangenen 15 Jahren deutlich gestiegen. Anfang der 90er Jahre lag der Anteil der von relativer Einkommensarmut Betroffenen bei rund zwölf Prozent. Bis 1999 ging er auf 10,3 Prozent zurück, stieg danach aber kontinuierlich und erreichte im Jahr 2006 den vorläufigen Höchstwert von 14,5 Prozent. Analog zur Entwicklung der Einkommensverteilung verringerte sich das Armutsrisiko im darauf folgenden Jahr zunächst und nahm dann – trotz verbesserter Arbeitsmarktlage – wieder auf 14 Prozent im Jahr 2008 zu.⁷ Dies entspricht etwa 11,5 Millionen Personen.⁸

⁷ So hat in dem entsprechenden Zeitraum die Zahl der Erwerbstätigen im Inland um knapp 700 000 Personen zugenommen. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Jahresgutachten 2009/10. Wiesbaden 2009.

⁸ Am Konzept *relativer* Einkommensarmut wird häufig kritisiert, dass allgemeine Wohlfahrtsgewinne nicht ausreichend berücksichtigt werden und somit – selbst wenn das Einkommen aller Personen um einen fixen Betrag steigt – ein gleiches Armutsrisiko-Niveau ausweist. Dabei wird häufig übersehen, dass diese relative Armutschwelle nicht nur das Existenzminimum, sondern vielmehr das Einkommen beschreibt,

unter Bedarfs Gesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – vergleichbar gemacht. Dazu werden die Haushaltseinkommen unter Verwendung einer von der OECD vorgeschlagenen Skala umgerechnet, und jedem Haushaltsmitglied das errechnete Äquivalenzeinkommen zugewiesen unter der Annahme, dass alle Haushaltsmitglieder in gleicher Weise vom gemeinsamen Einkommen profitieren. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1; weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder bis zu 14 Jahren von 0,3.

Der internationalen Literatur folgend, werden dem Einkommen auch fiktive (Netto-)Einkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum (Imputed Rent) zugerechnet. Zusätzlich werden, wie von der EU-Kommission auch für die EU-weite Einkommensverteilungsrechnung auf Basis von EU-SILC vorgeschrieben, auch fiktive Einkommensvorteile aus verbilligt überlassenem Mietwohnraum berücksichtigt (sozialer Wohnungsbau, privat oder arbeitgeberseitig verbilligter Wohnraum, Haushalte ohne Mietzahlung).³ Als einkommensarm gilt derjenige, dessen Einkommen unter die relative Armutsrisikogrenze fällt. Diese liegt nach einer europäischen Konvention bei 60 Prozent des Median der jährlichen Haushalts-Netto-Äquivalenzeinkommen des Vorjahres (auf der Basis von Gesamtdeutschland) inklusive von imputed rent.

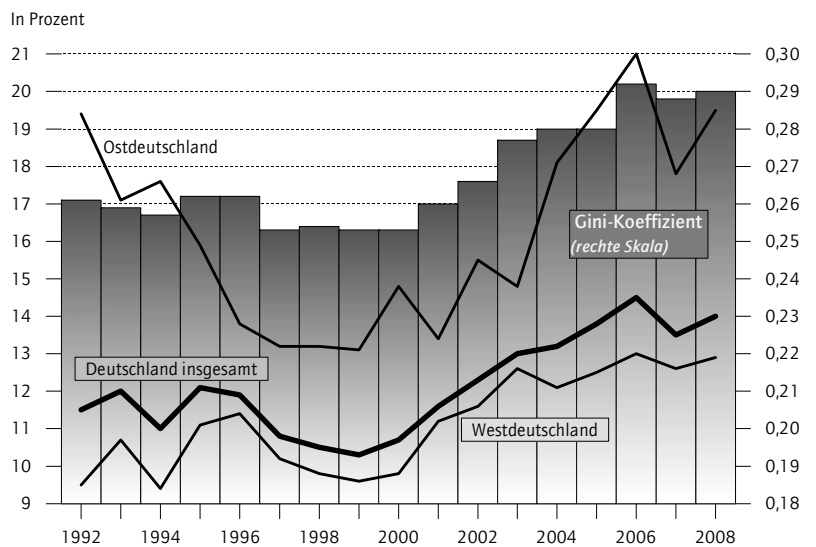
³ Frick, J. R., Goebel, J., Grabka, M. M.: Assessing the Distributional Impact of "Imputed rent" and "Non-cash Employee Income" in Micro-data. In: European Communities (ed.): Comparative EU Statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges. Proceedings of the EU-SILC conference, Helsinki, 6–8 November 2006, EUROSTAT, 116–142.

Die Armutsrisikoquote für Ostdeutschland lag in allen Beobachtungsjahren deutlich über dem westdeutschen Wert. Dies dürfte vorrangig mit der höheren Arbeitslosigkeit sowie dem häufigen Fehlen alternativer Einkommensquellen (zum Beispiel aus Kapitalerträgen) zusammenhängen. Im Verlauf des Transformationsprozesses mit anfänglich hohen Einkommenssteigerungen sank die Armutsrisikoquote im Osten von knapp 20 Prozent im Jahr 1992 auf 13,1 Prozent Ende der 90er Jahre. Danach ist sie aber wieder stark ge-

das für das Erreichen eines Mindestmaßes sozio-kultureller Teilnahme in der Gesellschaft als notwendig erachtet wird. Darüber hinaus muss bei der Interpretation der hier vorgelegten Ergebnisse berücksichtigt werden, dass das am Median gemessene reale Einkommen im Jahr 2008 um knapp zwei Prozent niedriger war als noch im Jahr 2000. In dieser Periode sind die Einkommen der Personen im untersten Dezil (die zehn Prozent der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen) durchschnittlich sogar um knapp neun Prozent gesunken, während Personen im obersten Dezil entsprechende Steigerungen um fast 15 Prozent erzielten. Dieses deutliche Auseinanderklaffen der Ränder der Einkommenshierarchie verdeutlicht – über die oben beschriebene Entwicklung des Gini-Koeffizienten hinausgehend – die Polarisierungstendenzen der deutschen Einkommensverteilung.

Abbildung 1

Armutsrisiko¹ und Einkommensungleichheit in Ost- und Westdeutschland



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

stiegen und lag 2008 mit 19,5 Prozent um mehr als sechs Prozentpunkte über dem Vergleichswert für Westdeutschland.

Junge Erwachsene mit dem höchsten Armutsrisiko aller Altersgruppen

In den vergangenen zehn Jahren ist die Armutsrisikoquote für die Bevölkerung insgesamt zwar um 3,5 Prozentpunkte – rund ein Drittel – gestiegen, über Altersgruppen hinweg war die Veränderung aber sehr unterschiedlich (Abbildung 2). Das geringste Risiko der Einkommensarmut zeigt sich bei Erwachsenen im Alter von 46 bis 55 Jahren. In diesem Lebensabschnitt ist die Bildungskarriere in der Regel abgeschlossen, die Erwerbsbeteiligung ist besonders stark ausgeprägt und noch nicht von Verrentung beeinflusst. Zudem sind im Haushalt lebende Kinder im Allgemeinen nicht mehr in einem Alter, in dem das Problem, Kindererziehung und Beruf in Einklang zu bringen, noch eine bedeutende Rolle spielt. Vor zehn Jahren betrug in dieser Gruppe der Anteil der von Armut Betroffenen etwas mehr als sechs Prozent, bis 2008 ist er stark – auf knapp elf Prozent – gestiegen.

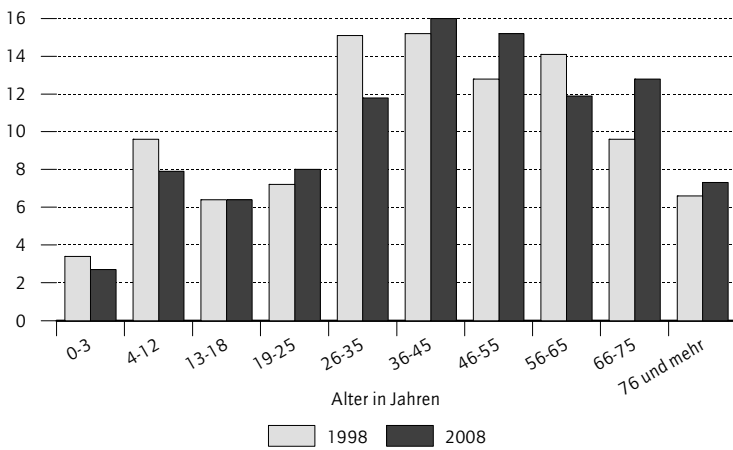
In den ersten Jahren nach einer Verrentung (Altersgruppe der 66- bis 75-Jährigen) fällt das Armutsrisiko ebenfalls unterdurchschnittlich aus. Im höheren Lebensalter ab 76 Jahren erreicht es

Abbildung 2

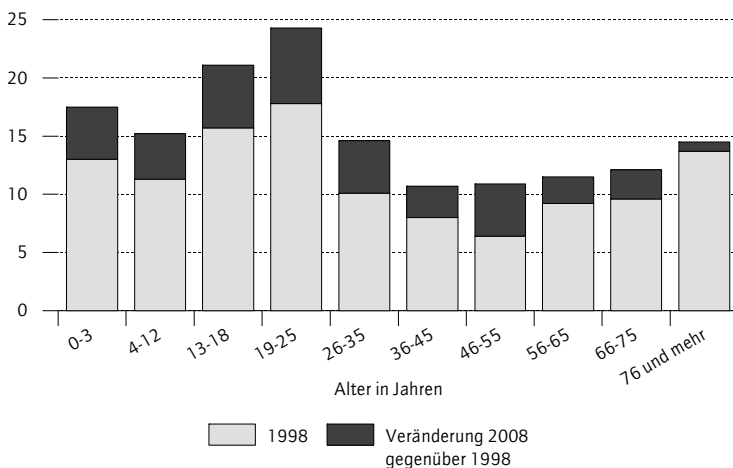
Bevölkerungsanteil und Armutsrisiko¹ nach Altersgruppen

In Prozent

Bevölkerungsanteil



Armutsrisikoquote



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

wieder den Wert für die Bevölkerung insgesamt, unter anderem bedingt durch die kürzere Lebensdauer von Männern und den damit verbundenen höheren Anteil von Witwen mit häufig etwas geringeren Alterseinkünften.

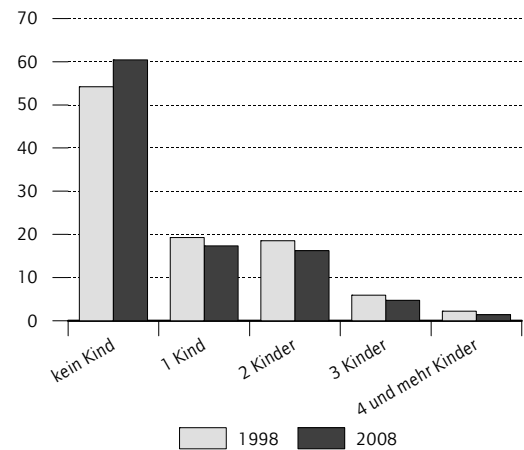
Zum Teil weit überdurchschnittliche Armutsrisiken sind hingegen bei Kindern und insbesondere bei jungen Erwachsenen zu beobachten. Im Jahr 2008 lebten knapp ein Viertel der Erwachsenen im Alter von 19 bis 25 Jahren in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen unterhalb der Armutsschwelle. Diese Gruppe weist – mit mehr als sechs Prozentpunkten – auch den absolut stärksten Zuwachs des Armutsrisikos in den vergange-

Abbildung 3

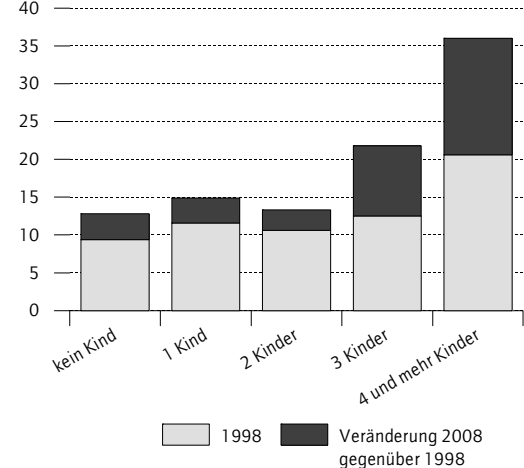
Bevölkerungsanteil und Armutsrisiko¹ nach der Zahl der Kinder im Haushalt

In Prozent

Bevölkerungsanteil



Armutsrisikoquote



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

nen zehn Jahren auf. Dazu dürften vor allem drei Faktoren beigetragen haben: Erstens haben die Dauer der Schul- und Berufsausbildung sowie der Anteil der Hochschulabsolventen an den jeweiligen Altersjahrgängen zugenommen, was den Eintritt in den Arbeitsmarkt und die Erzielung von Erwerbseinkommen verzögert.⁹ Zweitens erfolgt der Einstieg in den Arbeitsmarkt bei Vielen über prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder schlecht bezahlte Praktika (Generation Praktikum). Drittens gibt es einen Trend zur früheren Abspaltung vom elterlichen Haushalt, das heißt innerhalb der Gruppe der jungen Erwachsenen finden sich

⁹ Vgl. OECD, 2006: Education at a Glance.

Kasten 2

Imputation fehlender Antwortangaben

Ein Standardproblem in allen Bevölkerungsumfragen sind fehlende Angaben einzelner Befragungshaushalte, insbesondere bei als heikel empfundenen Fragen wie solchen nach dem Einkommen. Dabei ist festzustellen, dass insbesondere Haushalte mit über- oder unterdurchschnittlichen Einkommen die Angabe verweigern. In den hier analysierten Daten des SOEP werden fehlende Antwortangaben im Rahmen aufwendiger, quer- und längsschnittbasierter Imputationsverfahren ersetzt.¹ Dies betrifft auch fehlende Angaben bei vollständiger Verweigerung einzelner Haushaltsmitglieder in ansonsten befragungswilligen Haushalten (*Partial Unit Non-response*). In diesen Fällen wird seit 2009 (rückwirkend für alle Jahre) ein aufwendiges mehrstufiges Verfahren für sechs einzelne Brutto-Einkommenskomponenten (Erwerbseinkommen, Renten sowie Transferleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, Ausbildung/Studium, Mutterschutz/Erziehungsgeld/Elterngeld und private Transfers) angewandt.² Dabei werden mit jeder neuen Datenerhebung immer alle fehlenden Werte auch rückwirkend neu imputiert, was gegebenenfalls zu leichten

Veränderungen gegenüber früheren Auswertungen führen kann.

Die diesen Analysen zugrunde liegenden Mikrodaten des SOEP ergeben nach Anwendung von Hochrechnungs- und Gewichtungsfaktoren ein repräsentatives Bild der Bevölkerung in Privathaushalten und erlauben somit Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit. Die sogenannte Anstaltsbevölkerung (zum Beispiel in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt. Diese Gewichtungsfaktoren korrigieren Unterschiede im Ziehungsdesign der diversen SOEP-Stichproben sowie im Teilnahmeverhalten der Befragten nach dem ersten Interview. Um die Kompatibilität mit der amtlichen Statistik zu erhöhen, werden die oben genannten Faktoren an Rahmendaten des Mikrozensus der amtlichen Statistik angepasst. Dabei wurde im Jahr 2009 eine grundlegende Revision rückwirkend für alle Erhebungsjahre des SOEP vorgenommen. Durch diese nachhaltige Verbesserung der Imputations- und Gewichtungsverfahren unterscheiden sich Detailergebnisse für die Analysejahre bis 2007 von früheren Veröffentlichungen des DIW Berlin: Dies betrifft jedoch lediglich die Niveaus von Armutsrisiko und Ungleichheit, während sich für die intertemporale Entwicklung im Untersuchungszeitraum die exakt gleichen Trends darstellen wie bisher berichtet. Die vorliegenden Ergebnisse sind direkt vergleichbar mit den Befunden im Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 51–52/2009 sowie im Jahresgutachten 2009 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

¹ Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M.: Item Non-response on Income Questions in Panel Surveys: Incidence, Imputation and the Impact on Inequality and Mobility. In: Allgemeines Statistisches Archiv, 89(1), 2005, 49–61.

² Frick, J. R., Grabka, M. M., Groh-Samberg, O.: Dealing with Incomplete Household Panel Data in Microsimulation Models. Paper prepared for the 2nd General Conference of the International Microsimulation Association (IMA) "Microsimulation: Bridging Data and Policy" Ottawa, Canada, 2009, www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.334116.de/soep_punr_2009.pdf.

zunehmend Ein-Personen- und Alleinerziehenden-Haushalte. Deren Bevölkerungsanteil hat gegenüber 1998 um gut sieben Prozentpunkte zugenommen. Die Armutsquote unter allein lebenden jungen Erwachsenen lag 2008 bei über 65 Prozent.¹⁰

Armutsrisiko steigt mit der Kinderzahl

Die Armutsrisikoquote für Kinder liegt insgesamt zwar über dem Durchschnitt, doch das Vorhandensein eines Kindes in einem Haushalt ist nicht zwangsläufig mit einem höheren Armutsrisiko verbunden. Differenziert nach der Zahl der minderjährigen Kinder (bis zu einem

Alter von 16 Jahren) im Haushalt, zeigt sich, dass Familienhaushalte von Paaren mit zwei Kindern mit 13,4 Prozent sogar ein leicht unterdurchschnittliches Armutsrisiko aufweisen (Abbildung 3). Mit zunehmender Kinderzahl steigt dieses aber deutlich. Bei Familien mit drei Kindern betrug es 2008 knapp 22 Prozent, und bei vier und mehr Kindern erreichte es 36 Prozent. Gegenüber 1998 ist das Armutsrisiko bei kinderreichen Haushalten damit überdurchschnittlich gestiegen.

Alleinerziehende besonders armutsgefährdet

Unter allen Haushaltstypen weisen Alleinerziehende mit weitem Abstand die höchsten Armutsraten auf (Abbildung 4). Über 40 Prozent der Personen in Haushalten von Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern galten 2008 als ein-

¹⁰ Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass in dieser Gruppe Realtransfers aus dem elterlichen Haushalt bezogen werden, die hier nicht berücksichtigt werden können (dies betrifft zum Beispiel die Übernahme von Wohnkosten oder die Finanzierung von Gebrauchsgütern).

risiko bei allein lebenden Männern und Frauen ab 65 Jahren entgegengesetzt entwickelt. Während für Männer das Armutsrisiko um mehr als sechs Prozentpunkte zugenommen hat, ist es für Frauen in dieser Altersgruppe leicht gesunken. Hier dürften sich Phasen der Arbeitslosigkeit negativ auf die Rentenanwartschaften der Männer ausgewirkt haben, während bei Frauen der Anteil mit eigenen Rentenanwartschaften leicht gestiegen sein dürfte.

Das bestimmt das Armutsrisiko: Die Faktoren im Überblick

Der Zusammenhang von Armut und sozio-ökonomischen Charakteristika kann sich mit der Zeit ändern, zum Beispiel durch ein verändertes Erwerbsverhalten. Daher werden im Folgenden multivariate Regressionsanalysen des Armutsrisikos in Abhängigkeit von möglichen Einflussfaktoren für vier Zeitpunkte zwischen Anfang der 1990er Jahre und 2008 durchgeführt, wodurch der Einfluss einzelner Determinanten quantifiziert werden kann (Tabelle).¹¹

Als Kontrollvariablen werden neben einer ausführlichen Haushaltstypologie und dem Alter des jüngsten Kindes eine Reihe von Faktoren berücksichtigt, die Einfluss auf das Armutsrisiko haben können. In der Regressionsanalyse wird für jede dieser Variablen eine Referenzkategorie gebildet, und das Armutsrisiko aller anderen Subgruppen wird als prozentuale Abweichung vom Armutsrisiko der Referenzgruppe unter Konstanz aller anderen Faktoren gemessen. Durch die Gegenüberstellung der standardisierten Ergebnisse des identischen Regressionsmodells für mehrere Messzeitpunkte kann die Veränderung der Relevanz bestimmter Faktoren zur Erklärung des Armutsrisikos herangezogen werden.

Die deskriptiven Befunde werden im Wesentlichen durch die Regressionsanalysen bestätigt. Danach weisen im Jahr 2008 junge allein lebende Erwachsene bis zu einem Alter von 25 Jahren ein um bis zu 36 Prozent höheres Armutsrisiko im

¹¹ Als Regressionsverfahren wird ein Probit-Ansatz gewählt, bei dem die abhängige Variable Personen in Haushalten mit einem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle identifiziert. Es wird die Wahrscheinlichkeit geschätzt, mit der eine Person beim Vorliegen eines bestimmten Merkmals (zum Beispiel alleinerziehend) unter Berücksichtigung aller anderen Variablen als einkommensarm gilt. Die hier als marginale Effekte ausgewiesenen Regressionskoeffizienten können direkt im Sinne einer prozentualen Veränderung des Armutsrisikos bei Vorliegen eines interessierenden Merkmals unter Konstanz aller anderen Einflussgrößen interpretiert werden. Für die statistischen Analysen wird jeder beobachtete Haushalt nur einmal berücksichtigt (repräsentiert durch den Haushaltsvorstand), da bei Mehr-Personen-Haushalten keine Unabhängigkeit der abhängigen sowie der Mehrzahl der unabhängigen Variablen über alle Mitglieder eines Haushalts gegeben ist.

Tabelle

Korrelate des Armutsrisikos¹ in Deutschland in ausgewählten Jahren

	1993	1998	2003	2008
Gemeindegröße kleiner als 2 000 Einwohner (Referenz)				
Mehr als 500 000 Einwohner	-0,042**	-0,014	-0,017*	-0,022*
100 000 bis 500 000 Einwohner	-0,027*	-0,01	-0,006	-0,009
20 000 bis 100 000 Einwohner	-0,035**	-0,003	-0,01	-0,014
2 000 bis 20 000 Einwohner	-0,025*	-0,007	-0,005	-0,008
Geschlecht: Frau				
	-0,003	0,004	0	0,004
Paar ohne Kinder, unter 65 Jahre (Referenz)				
Single bis 25 Jahre	0,274**	0,341**	0,275**	0,361**
Single 26 bis 64 Jahre	0,095**	0,093**	0,072**	0,089**
Single 65 Jahre und älter	-0,009	-0,009	-0,011	-0,028**
Paar 65 Jahre und älter, ohne Kinder	-0,051**	-0,031**	-0,032**	-0,042**
Familie mit Kindern unter 16 Jahren	-0,006	0,028**	-0,004	0,02*
Paar mit 1 Kind bis 16 Jahren	-0,002	0,031*	0,021	0,037**
Paar mit 2 Kindern bis 16 Jahren	0,04**	0,057**	0,023*	0,043**
Paar mit 3 und mehr Kindern bis 16 Jahren	0,127**	0,103**	0,064**	0,073**
Alleinerziehend	0,268**	0,251**	0,299**	0,23**
Sonstige Haushalte	-0,001	0,004	0,009	0,017
Jüngstes Kind im Haushalt unter 6 Jahre				
	0,032**	0,002	-0,006	-0,011
Index der Erwerbstätigkeit: nicht erwerbstätig (Referenz)				
1 bis 49 Prozent	-0,043**	-0,017**	0,003	-0,009
50 Prozent	-0,079**	-0,052**	-0,044**	-0,051**
51 bis 99 Prozent	-0,121**	-0,076**	-0,072**	-0,078**
100 Prozent	-0,149**	-0,107**	-0,093**	-0,105**
Ohne beruflichen Bildungsabschluss (Referenz)				
Mit beruflichem Bildungsabschluss	-0,05**	-0,034**	-0,043**	-0,041**
Universitäts- oder Fachhochschul-Abschluss	-0,073**	-0,052**	-0,061**	-0,073**
Autochthoner Haushalt (Referenz)				
Migrationshintergrund (EU-15)	0,012	0,014	0,021*	0,004
Migrationshintergrund (ausserhalb EU-15)	0,036**	0,045**	0,038**	0,067**
Ostdeutschland				
	0,13**	0,027**	0,025**	0,048**
Guter Gesundheitsstatus (Referenz)				
Mittlerer Gesundheitsstatus	0,011	0,003	0,006	0,007
Schlechter Gesundheitsstatus	0,025**	0,009	0,01*	0,025**
Wohneigentümer				
	-0,049**	-0,054**	-0,069**	-0,087**
Pflegebedürftige Person im Haushalt				
	0,037*	-0,011	-0,017*	-0,023**
Zahl der Beobachtungen	6 486	7 395	11 791	10 804
Pseudo R ²	0,3176	0,3405	0,3553	0,3459

* signifikant bei 5 Prozent, ** signifikant bei 1 Prozent Irrtumswahrscheinlichkeit.

¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Vergleich zu einem kinderlosen Paarhaushalt im mittleren Alter auf – bei Berücksichtigung aller anderen Faktoren. Dieser Befund ist über die Zeit hinweg noch etwas deutlicher geworden. Auch allein lebende Singles im erwerbsfähigen Alter (26 bis 64 Jahre) sind einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als die Referenzgruppe. Hier dürfte sich das Fehlen der Einkommensvorteile des gemeinsamen Wirtschaftens in Mehr-Personen-Haushalten auswirken, da Fixkosten wie die Miete nicht geteilt werden können. Zudem kann im Fall von Arbeitslosigkeit nicht auf alternative Einkommen weiterer Haushaltsmitglieder zurückgegriffen werden.

Kinderlose ältere Paare im Alter von 65 und mehr Jahren weisen im Vergleich zur Referenzgruppe ein leicht niedrigeres Armutsrisiko auf. Hier dürften sich unter anderem lebenszyklusbedingt höhere Kapitaleinkünfte bemerkbar machen. Zudem leben diese Menschen häufig in entschuldetem Wohneigentum – der daraus resultierende fiktive Einkommensvorteil der nicht (mehr) zu zahlenden Wohnkosten ist in der vorliegenden Einkommensdefinition explizit berücksichtigt.¹² Auch allein lebende Menschen ab 65 Jahren unterliegen einem vergleichsweise geringen Armutsrisiko, und der Abstand zum Durchschnitt der Bevölkerung ist in den vergangenen Jahren größer geworden. Insgesamt – und unter Berücksichtigung aller anderen Einflussfaktoren – hat sich also die Wohlfahrtsposition von Älteren in Deutschland in den letzten Jahren verbessert.¹³

Familienhaushalte sind umso eher von Armut betroffen, je höher ihre Kinderzahl. Bei Paaren mit drei und mehr Kindern hat sich dieser Effekt allerdings im Zeitraum von 1993 bis 2008 deutlich, von 13 Prozent auf rund sieben Prozent, reduziert. Alleinerziehend zu sein erhöht die Wahrscheinlichkeit der Armut gegenüber der Referenzgruppe – kinderlose Paarhaushalte mittleren Alters – um bis zu 30 Prozent.

Ist das jüngste Kind im Haushalt noch im Vorschulalter (bis sechs Jahre), wird es schwierig, Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren, falls keine ausreichenden vorschulischen Betreuungseinrichtungen verfügbar sind. Bei Berücksichtigung aller anderen Charakteristika zeigt sich für 1993 noch ein signifikant höheres Armutsrisiko für solche Haushalte. Im Verlauf der Jahre hat sich dies mit dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur deutlich verändert.¹⁴ Das alleinige Vorhandensein eines kleinen Kindes führt nicht mehr zwangsläufig zu einem höheren Armutsrisiko. Hier dürfte sich auch die Einführung des Elterngeldes positiv ausgewirkt haben.

Ein höherer Beschäftigungsgrad wirkt stark dämpfend auf das Risiko, arm zu sein.¹⁵ So haben

12 Eigentümer einer selbst genutzten Immobilie weisen auch nach statistischer Kontrolle wichtiger erklärender Variablen ein klar unterdurchschnittliches Risiko der Einkommensarmut auf.

13 Eine umfassende Analyse der Wohlfahrtsposition erfordert neben der Einkommensanalyse auch die Berücksichtigung der Vermögenssituation. Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M.: Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 3/2010.

14 Seit 1996 gibt es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind im Alter vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt, vgl. Aachtes Sozialgesetzbuch (Kinder- und Jugendhilfegesetz, § 24). Dieser Anspruch bezieht sich in der Regel auf einen Halbtagsplatz.

15 Die Arbeitsmarktpartizipation eines Haushaltes wird hier gemessen als Anteil der im Vorjahr verbrachten Arbeitszeit an der potentiellen Arbeitszeit aller im Haushalt lebenden Erwerbspersonen.

Haushalte mit durchgehender Vollzeitbeschäftigung gegenüber der Referenzpopulation der Erwerbslosen-Haushalte ein um zehn Prozent reduziertes Armutsrisiko. Haushalte mit geringer Arbeitsintensität (mit weniger als der Hälfte der potentiellen Erwerbszeit) haben sich im Hinblick auf das Armutsrisiko im Lauf der Zeit immer mehr den Haushalten ohne jegliche Erwerbstätigkeit angenähert. Dieses Ergebnis kann dahingehend interpretiert werden, dass mit der Ausweitung des Niedriglohnssektors in Deutschland auch die Chance, den Bereich von Einkommensarmut zu verlassen, geringer geworden ist.¹⁶

Das Bildungsniveau des Haushaltsvorstandes steht in einem deutlichen Zusammenhang mit dem Armutsrisiko. Gegenüber Haushalten mit einem Vorstand ohne berufsbildenden Abschluss verringert ein Universitäts- oder Fachhochschulabschluss das Armutsrisiko um rund sieben Prozent. Der Gesundheitszustand des Haushaltsvorstands kann als Indikator für das Leistungsvermögen interpretiert werden: Entsprechend korreliert ein schlechter Gesundheitszustand mit einem signifikant erhöhten Armutsrisiko.

Migranten weisen gewöhnlich höhere Arbeitslosenquoten auf als Einheimische. Differenziert man aber Personen mit Migrationshintergrund nach deren Herkunft, so zeigt sich, dass jene aus den alten EU-Mitgliedstaaten (EU-15) ein kaum höheres Risiko der Einkommensarmut haben. Migranten aus Nicht-EU-Ländern sind hingegen durchweg mit einem deutlich höheren Armutsrisiko konfrontiert – der Abstand hat in letzter Zeit weiter zugenommen.¹⁷

Die Größe der Gemeinde, in der ein Haushalt lebt, kann als Indikator für die Arbeitsmarktchancen der ansässigen Bevölkerung gesehen werden. So steigt im Regelfall mit zunehmender Gemeindegröße auch die Zahl der Beschäftigungsmöglichkeiten. Ein signifikanter Beitrag der Gemeindegröße zur Erklärung des Armutsrisikos ergibt sich jedoch – bei gleichzeitiger Berücksichtigung der individuellen Erwerbsbeteiligung – lediglich für Großstädte. Dort war das Armutsrisiko 2008 um etwa zwei Prozentpunkte niedriger als in den dörflichen Referenzregionen.

Personen in Haushalten, in denen alle Erwerbspersonen im Vorjahr ganzzählig vollzeitbeschäftigt waren, erhalten einen Indexwert von 100, bei Teilzeitbeschäftigung wird mit 50 Prozent gewichtet. Im Extremfall der Nichterwerbstätigkeit aller Erwerbspersonen nimmt der Index den Wert Null an.

16 Vgl. Kalina, T., Weinkopf, C.: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. In: IAQ Report 2008-01.

17 Diese Ergebnisse müssen nicht notwendigerweise auf eine aktive Diskriminierung dieser Migrantengruppen hinweisen, sondern können auch Ergebnis von institutionellen Restriktionen sein, wie dem fehlenden Zugang zu einer Arbeitserlaubnis.

Die in diesem Bericht zugrunde gelegte Armutsrisikoschwelle basiert auf 60 Prozent des Median der gesamtdeutschen Einkommensverteilung. Entsprechend dem in den ersten Jahren des Transformationsprozesses deutlich niedrigeren Einkommensniveau in Ostdeutschland weist der Regressionskoeffizient für 1993 noch auf ein stark erhöhtes Armutsrisiko in den neuen Ländern hin. Dieser Effekt verringert sich in der Folgezeit zwar, seit einigen Jahren nimmt die regionale Disparität aber wieder zu.

Anfang der 90er Jahre führte das Vorhandensein einer pflegebedürftigen Person in einem Haushalt noch zu einem signifikant höheren Armutsrisiko – insbesondere aufgrund der häufig damit einhergehenden Einschränkungen bei der Erwerbstätigkeit der pflegenden Person. Im Zeitverlauf kann hier eine signifikante Reduktion des Risikos von Einkommensarmut gegenüber der Referenzgruppe beobachtet werden. Dies dürfte vorrangig eine Folge der Einführung der Pflegeversicherung 1995 und der damit verbundenen monetären Leistungen sein. Andererseits werden Haushalte mit einer zu pflegenden Person oft auch erst durch diese finanziellen Transfers in die Lage versetzt, Pflege zu Hause durchzuführen.

Fazit und Ausblick

Nach den neuesten Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) lebten im Jahr 2008 in Deutschland rund 14 Prozent der Bevölkerung in Haushalten mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Dabei fallen ausgeprägte Unterschiede nach Region (West: 12,9 Prozent; Ost: 19,5 Prozent) und sozialstrukturellen Charakteristika auf. Von 1998 bis 2008 ist das Armutsrisiko der Gesamtbevölkerung und insbesondere der Kinder und jungen Erwachsenen – darunter viele Alleinerziehende – stark gestiegen. Altersarmut stellt hingegen aktuell kein vorrangiges Problem dar – hierzu haben auch die Leistungen der Pflegeversicherung beigetragen.

Das hohe Armutsrisiko in Kindheit und Jugend beeinträchtigt die Entwicklungsmöglichkeiten im weiteren Lebensverlauf und bleibt somit weiter-

hin eine Herausforderung für die Politik.¹⁸ Durch den koordinierten Einsatz geeigneter Instrumente kann jedoch Kinderarmut zurückgedrängt werden, wie das Beispiel Großbritanniens veranschaulicht.¹⁹ Eine ausschließliche Aufstockung monetärer Transfers zur Reduktion von Kinderarmut ist hier jedoch nicht nachhaltig, da so zwar die Symptome, aber nicht die Ursachen von Armut kuriert werden. Es gibt deutliche Hinweise auf erfolgreiche Armutsbekämpfung mit Hilfe zielgruppenspezifischer monetärer und nicht-monetärer Unterstützung im Zusammenhang mit der Einführung des Elterngeldes sowie des Ausbaus der Kinderbetreuungsinfrastruktur, insbesondere für Kinder ab drei Jahren.²⁰ Mit der zum 1. Januar 2010 beschlossenen Erhöhung des Kindergeldes wird das Problem der zunehmenden Kinderarmut aber nicht adäquat bekämpft. Haushalte mit hohem Einkommen profitieren aufgrund der steuerrechtlichen Anpassung beim Kinderfreibetrag überproportional, während dieser zusätzliche Transfer bei Haushalten mit Bezug von Arbeitslosengeld II vollständig angerechnet wird. Auch diese Leistung wird im Rahmen der vom Bundesfamilienministerium initiierten und zusammen mit dem Bundesfinanzministerium organisierten Evaluation der über 150 verschiedenen ehe- und familienpolitischen Leistungen auf Effizienz und Effektivität zu prüfen sein.

18 Dies betrifft neben der ökonomischen auch die gesundheitliche und die Persönlichkeits-Entwicklung, vgl. Deutsches Jugendinstitut (DJI): Thema 2007/11: Kinderarmut: einmal arm – immer arm? www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=790&Jump1=LINKS&Jump2=15.

19 Großbritannien ist eines von nur wenigen OECD-Ländern, in denen der Anteil der von Armut betroffenen Kinder in den vergangenen zehn Jahren rückläufig war. Im Rahmen der von Blair Ende der 90er Jahre initiierten Politik zur Reduktion der Kinderarmut kam ein Mix von Instrumenten zum Einsatz: a) Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Eltern mit Hilfe von Mindestlohn, negativer Einkommensteuer, reduzierten Sozialversicherungsbeiträgen für Niedrigeinkommensbezieher; b) direkte Einkommenstransfers an Kinder und c) alters- und zielgruppenspezifische Förderprogramme für Kinder. Trotz gewisser Erfolge weist Großbritannien weiterhin eine überdurchschnittlich hohe Kinderarmut im OECD-Vergleich auf. Im Gegensatz dazu liegt vor allem in skandinavischen Ländern das Risiko für Kinderarmut weit unter dem OECD-Durchschnitt, vgl. OECD (2008): *Growing Unequal*, Paris.

20 Trotz der Erfolge beim Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen werden derzeit nur rund ein Fünftel aller Kinder unter drei Jahren in einer Tageseinrichtung oder durch eine Tagespflegeperson betreut, vgl. Statistisches Bundesamt: *Kindertagesbetreuung regional 2009*. Wiesbaden 2010. Insofern ist der bereits beschlossene Ausbau der Betreuungsquote für unter Dreijährige auf 35 Prozent bis 2013 ein wichtiger weiterer Schritt.

JEL Classification:
D31, I32, H53

Keywords:
Poverty risk,
Social exclusion,
SOEP

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Peter Haan
Alexander Eickelpasch

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.